



SICHERHEITS- UND POLIZEIRECHT

25.06.2021

08:00 – 10:00

Allgemeine Hinweise

- Kontrollieren Sie bitte bei Erhalt der Prüfung die Anzahl der Aufgaben. Die Prüfung umfasst vier Aufgaben.
- Schreiben Sie Ihre Antworten direkt ins Dokument «Antwort_Sicherheits_Polizeirecht_xxxxxxx» und speichern Sie dieses mit Ihrer Matrikel-Nr. versehen lokal auf Ihrem Rechner ab.
- Schreiben Sie Ihre Matrikel-Nr. und Prüfungslaufnummer auf Seite 2 in die Kopfzeile.
- **Für die Abgabe (Upload) speichern Sie das Dokument versehen mit Ihrer Matrikel-Nr. gemäss Beispiel als PDF und laden Sie es hoch.**
Beispiel: Antwort_Sicherheits_Polizeirecht_xxxxxxx.pdf
- Sie sind selbst dafür verantwortlich, die Prüfung rechtzeitig hochzuladen. Sie werden nicht darauf aufmerksam gemacht.

Hinweise zur Aufgabenlösung

Achten Sie auf die Eigenständigkeit des Lösungsweges, eine klare Subsumtion und Argumentation, die Arbeit mit den einschlägigen Gesetzestexten und die Adaption und kritische Reflexion des Gelernten. Die blosse Wiedergabe kopierbarer Informationen aus dem Internet, den Vorlesungsfolien, Lehrbüchern, Gerichtsurteilen etc. wird nicht honoriert.

Hinweise zur Bewertung

Bei der Bewertung kommt den Aufgaben unterschiedliches Gewicht zu. Die Punkte verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Aufgaben:

Aufgabe 1	ca. 40 Punkte	ca. 50 % des Totals
Aufgabe 2	ca. 16 Punkte	ca. 20 % des Totals
Aufgabe 3	ca. 12 Punkte	ca. 15 % des Totals
Aufgabe 4	ca. 12 Punkte	ca. 15 % des Totals
Total	ca. 80 Punkte	100%

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg.

Aufgabe 1 (ca. 50 % des Totals)

Sie werden mit diesem Bild konfrontiert, das eine Szene zeigt, die sich im Zentrum einer grossen Deutschschweizer Stadt an einem belebten Samstagvormittag ereignet hat. Bearbeiten Sie die Fragestellung anhand der Ihnen zur Verfügung stehenden Gesetze des Kantons Zürich.



- Welche Informationen können Sie diesem Bild entnehmen? (5 % des Punktetotals in Aufgabe 1)
- Gestützt auf welche konkreten polizeirechtlichen Grundlagen könnte hier gehandelt worden sein und warum? (40 % des Punktetotals in Aufgabe 1)
- Welcher allgemeine Grundsatz polizeilichen Handelns könnte hier verletzt worden sein und warum? (10 % des Punktetotals in Aufgabe 1)
- Wie würde Ihre Beurteilung der Gesamtsituation aussehen, wenn es sich bei den Personen im Hintergrund um Angehörige privater Sicherheitsdienste handelte? (20 % des Punktetotals in Aufgabe 1)
- Führen Sie die Grundrechte auf, deren Schutzbereiche im Zusammenhang der abgebildeten Situation eröffnet sein könnten. (25 % des Punktetotals in Aufgabe 1)

Aufgabe 2 (ca. 20 % des Totals; gleichmässige Verteilung auf die jeweiligen Teilaufgaben)

Beantworten Sie die folgenden Kurzfragen.

- Eine kommunale Polizei plant, künftig auch Ausländerinnen und Ausländer zum Polizeidienst zuzulassen. Ehe mit diesem Neuerungsanschlag an die Öffentlichkeit gegangen wird, beauftragt die Polizeikommandantin Sie als Leiterin oder Leiter des Rechtsdienstes, eine Übersicht über die Punkte zu geben, die aus (grund-) rechtlicher Sicht für und gegen das Ansinnen sprechen.
- In der Schweiz arbeitet die Sicherheitspolizei des jeweiligen kantonalen oder kommunalen Polizeikorps stets nach kantonalem PolG, die Kriminalpolizei nach StGB und StPO. Stimmt diese Aussage?

- c) Die Suizidrate in polizeilichem Gewahrsam gemäss §§ 25 – 27 PoIG/ZH ist erfahrungsgemäss hoch. Woran könnte das liegen, welche Vorkehrungen sind zu treffen und warum?
- d) In einem Westschweizer Kanton gibt es seit längerem Bestrebungen, bei Vorliegen eines Strafantrages und einer rechtskräftigen Baubewilligung besetzte Häuser umgehend zu räumen und dieses Vorgehen im kantonalen Polizeigesetz zu verankern, mit der Konsequenz, dass es standardmässig praktiziert würde. Wie beurteilen Sie dieses Ansinnen?

Aufgabe 3 (ca. 15 % des Totals)

Das Strafgesetzbuch soll um den folgenden Passus ergänzt werden:

Artikel 285bis StGB

Die Verbreitung des Bildes vom Gesicht oder eines anderen Identifikationsmerkmals eines Polizisten oder einer Polizistin, der oder die im Rahmen einer Demonstration oder Kundgebung agiert, wird mit Busse bestraft.

Die Bestrafung erfolgt unabhängig von Mittel und Medium, sofern das Ziel der Verbreitung darin besteht, die körperliche und geistige Unversehrtheit des Polizisten oder der Polizistin zu verletzen.

Führen Sie auf, welche Schutzbereiche von Grundrechten aufgrund dieser Regelung eröffnet sein könnten.

Aufgabe 4 (ca. 15 % des Totals)

In der Stadt Bern will eine Motion die Pflicht zur Einholung einer Bewilligung für politische Kundgebungen und Demonstrationen durch eine blosse Pflicht zur Meldung ersetzen. Als Vertreterin, Vertreter des Rechtsdienstes der Berner Polizei werden Sie um Ihre Einschätzung bezüglich der vermuteten Auswirkungen auf die Polizeiarbeit im Vorfeld von und während politischen Manifestationen angefragt.